



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR STADTENTWICKLUNG, HOCHBAU UND LIEGENSCHAFTEN

am Donnerstag, 25.02.2021, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal (Hybrid-Sitzung)

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Berichtswesen der Stadt Ludwigsburg
Investitions-Kapazitäts-Steuerung im Baubereich
(INKAS), Stand 01/2021
- Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft**

Vorl.Nr. 014/21

Beratungsverlauf:

BMin **Schwarz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Sitzung findet in einem hybriden Format statt. Hierzu ist im Vorfeld die gewünschte Teilnahme abgefragt worden und auf Wunsch an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Link verschickt worden. BMin Schwarz prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder vor Ort und digital. Online zugeschaltet sind Stadtrat Braumann, Stadträtin Dr. Knoß und Stadtrat Sorg. BMin Schwarz stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in den kleinen Saal des Kulturzentrums statt. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) stellt die Projektübersicht des Fachbereiches vor. Anhand einer Tabelle, die dieser Niederschrift beiliegt, geht sie auf die einzelnen Maßnahmen ein.

BMin **Schwarz** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Bauer** dankt für die Übersicht und die Integration aller Projekte in INKAS. Er nimmt die Mitteilungsvorlage gerne zur Kenntnis. Es gebe keine finanziellen Ausreißer lobt er und merkt an, dass durch die Pandemie große finanzielle Mittel weggebrochen seien. Investitionsruinen sollen vermieden werden und er geht auf die ruhenden Projekte ein. Weiter fragt er nach den eingepreisten Haushaltsmitteln, die nicht abgeflossen seien.

Alle Projekte seien nachvollziehbar, so Stadtrat **Braumann** und lobt den Fachbereich. Weiter spricht er die Verzögerungen im Zuge der Priorisierung in den Haushaltsberatungen und die dadurch geschobenen Projekte an. Hierzu wünscht er eine Übersicht und Kennzeichnung in KSIS.

Stadtrat **Remmele** spricht seinen Dank aus und zeigt sich zufrieden.

Stadtrat **Juranek** schließt sich seinem Vorredner an.

Stadtrat **Eisele** lobt ebenso die grünen Ampeln. Die zurückgestellten Projekte seien in der Klausur besprochen worden. Er freut sich, wenn künftig Einweihungen wieder in Präsenz stattfinden

können. Er wünscht dringend einen KSIS Zugang.

BMin **Schwarz** nimmt diesen Wunsch mit. Die IT-Abteilung habe derzeit eine hohe Arbeitsbelastung und sie bittet um Verständnis. Künftig werde ein Vermerk zu den gestoppten Projekten, aufgrund der Haushaltslage, angegeben.

Der verzögerte Mittelabfluss liege an der Prüffähigkeit der Schlussrechnungen oder noch fehlenden Rechnungen, so Frau **Barnert**. Man sei in enger Abstimmung mit der Kämmerei.

Stadtrat **Link** fragt nach übrigen Haushaltsmitteln und ob diese für die Schulhofüberdachung in Hoheneck eingesetzt werden können.

BMin **Schwarz** antwortet hierzu, dass viele Investitionen finanziert seien und die Überdachung im nächsten Haushalt beraten werden könne.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften beschließt den Entwurf und Bau einer Photovoltaikanlage auf dem Fachklassentrakt des Innenstadtcampus auf der Grundlage der beiliegenden Planung mit Baukosten in Höhe von 157.000 EUR (investiv, Kostengruppen 300 - 400 + 700 inkl. 19 % MwSt. und Sicherheitszulage).
2. Die notwendigen Finanzmittel werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2021 ff. zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Rothacker

Beratungsverlauf:

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) informiert zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BMin **Schwarz** eröffnet die Aussprache.

Redebeitrag Stadtrat **Sorg**: „Wir Grünen freuen uns, dass bereits nach wenigen Wochen unserem Antrag zur städtischen Solardachrendite nachgegangen wird. Mit der Vorlage wird durch die Nutzung des solaren Eigenstroms direkt der Ergebnishaushalt entlastet, den gesetzlichen Anforderungen nachgekommen (KSG BW) und aktiv Klimaschutz betrieben, da in echt Treibhausgas eingespart werden. Den Haushaltsposten für diese PV-Anlage haben wir schon mit dem Gesamthaushalt verabschiedet. Wir Grünen wollten den Teilhaushalt 65 für mehr PV-Anlagen erhöhen, doch dazu war Verwaltungsspitze und Teile des Gemeinderats nicht bereit. So wäre eine zweite große Anlage statt nur einer weiteren kleineren noch drin gewesen. Wir fordern daher noch mehr Konsequenz und Geschwindigkeit beim Klimaschutz. Doch ist es gut, dass die Stadt mit gutem Beispiel vorangeht und zeigt, dass Dachbegrünung und Photovoltaik gut zusammengehen. Daher zuletzt die Frage, wann kommt ein Solar- und Gründachkataster für das Stadtgebiet? Und eine zweite: Wie sieht der Zeitplan aus für die umliegenden Schulen, die noch keine PV-Anlagen auf dem Dach haben? Wir stimmen der Vorlage zu“.

Die Maßnahme sei ein wichtiges Zeichen, merkt Stadtrat **Braumann** an. Man wolle viele regenerative Energien einsetzen. Klimaschutz wird ernst genommen und er stimmt gern der Vorlage zu.

Klimaschutz sei wichtig, so Stadtrat **Remmele** und stimmt gerne zu. Zeitnah sollten weitere Flächen genutzt werden.

Das Projekt sei sinnvoll, so Stadtrat **Juraneck**. Das Dach eigne sich hervorragend. Er wundert sich über die gewählte Ausrichtung und sieht eine Südausrichtung als sinnvoller an.

Stadtrat **Eisele** findet das Projekt ebenso gut. Bereits im Juli habe er auf die Photovoltaikpflicht hingewiesen und die Suche nach geeigneten städtischen Dächern angeregt. Er hofft auf weitere Projekte.

Die weitere Nutzung von Solaranlagen auf städtischen Dächern werde möglichst schnell und umfassend umgesetzt. Hier stehe man im Austausch mit den Stadtwerken, so BMin **Schwarz**.

Die Potentialanalyse sei angelegt, merkt Herr **Weißer** an und wird im dritten Quartal erstellt. Die Ost-West-Ausrichtung habe ein höheres Ertragspotential als die Südausrichtung. Einige Anlagen seien bereits realisiert. Von historischen Gebäuden werde abgesehen. Man sei darauf bedacht, dass die wirtschaftlichsten Lösungen umgesetzt werden. Künftige Dachsanierungen und die Statik müsse beachtet werden.

Ein Umdenken der Dachform hin zum Flachdach wünscht Stadtrat **Bauer**. Flachdach und Dachbegrünungen sollten nicht nur auf städtischen Immobilien angebracht werden.

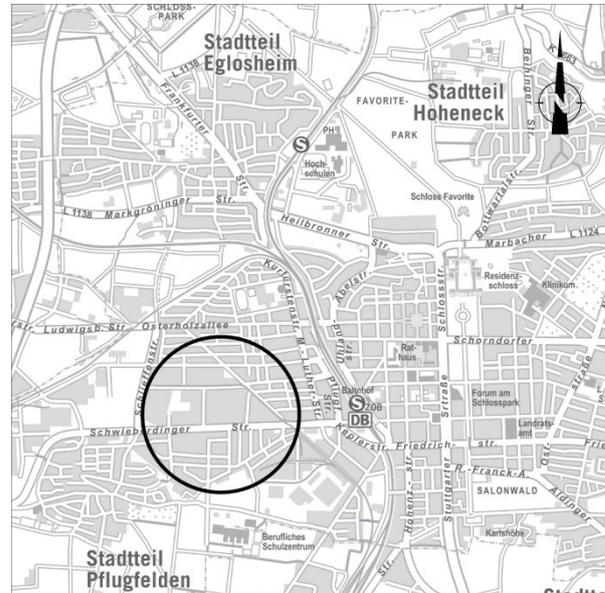
Stadtrat **Link** widerspricht dem Vorredner hinsichtlich der Dachform. Ein Steildach sei für Photovoltaik besser geeignet. Mit gutem Beispiel vorangehen sollen Stadträtinnen und Stadträte und auf den eigenen Immobilien Photovoltaikanlagen anbringen.

Stadtrat **Juraneck** geht auf den Wortbeitrag des Vorredners ein und merkt an, dass viele Gremiumsmitglieder bereits seit Jahren mit gutem Beispiel vorangehen.

BMin **Schwarz** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

- I. Die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 5) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 5 beschlossen.
- I. Der Bebauungsplan „Vergnügungseinrichtungen Schwieberdinger Straße Nord“ Nr. 023/04 wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Maßgeblich sind der Bebauungsplan (Anlage 1), die textlichen Festsetzungen (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) jeweils vom 29.01.2021.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt

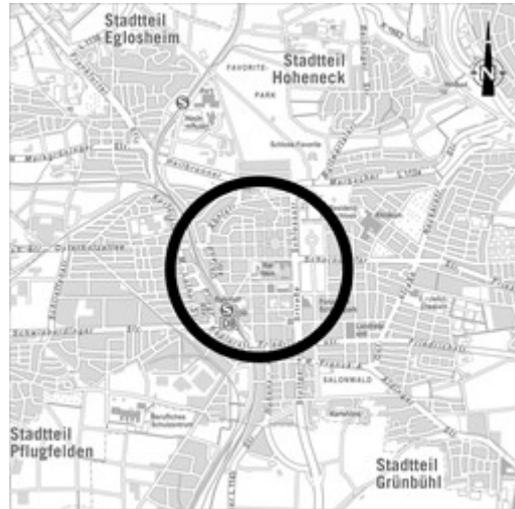
Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, stellt BMin **Schwarz** die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

- I. Die Bebauungsplanänderung „Wettvermittlungsstellen Innenstadt“ Nr. 010/09 (Änderung des Bebauungsplans „Vergnügungseinrichtungen Innenstadt Nr. 010/05) wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Maßgeblich sind die textlichen Festsetzungen (Anlage 1) und die Begründung (Anlage 2) jeweils vom 22.01.2021.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, stellt BMin **Schwarz** die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

- I. Die Aufhebung der Vorkaufssatzungen
 - a. Schauinsland/Scholppenäcker
 - b. Kleingärten Römerhügel
 - c. Kurfürstenstraße
 - d. Walcker-Areal

wird beschlossen.

- II. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss der Aufhebung und damit das Außerkrafttreten der Vorkaufssatzungen ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) informiert zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt und geht auf die Vorlage ein.

BMin **Schwarz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf die umfangreiche und kostenintensive Pflege des Baumbestandes an der Kurfürstenstraße ein. Sie regt eine Nutzung und Pflege durch die benachbarten Grundstückseigentümer an.

Stadtrat **Remmele** sieht die Fläche Kurfürstenstraße für eine Quartiersgarage als ideal an, sofern diese für die Brücke nicht gebraucht werde. Ein schneller Abbau bei Nichtgebrauch sei möglich.

Die Nutzung dieser Fläche sei noch nicht absehbar, so Stadtrat **Juraneck**. Er stimmt der Vorlage gerne zu.

Stadtrat **Link** geht auf die Flurstücke 3504/7 und 3504/7 ein und fragt nach den Eigentumsverhältnissen.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht erneut auf den Baumbestand an der Kurfürstenstraße ein. Dieser solle erhalten bleiben. Ein Parkdeck sei nur auf der asphaltierten Straße denkbar.

Artenschutzrechtliche Aspekte werden in das weitere Vorgehen und Beratung zur Quartiersgarage einbezogen, merkt BMin **Schwarz** an.

Die Fläche an der Kurfürstenstraße sei von der Bahn versteigert worden und werde jetzt von der Stadt als Eigentümerin bewirtschaftet, fügt Herr **Hugger** (FB Liegenschaften) hinzu. Durchaus sei diese Fläche als Haltepunkt denkbar.

Jede Planung hinsichtlich eines Bahnhalts oder einer Quartiersgarage werde mit dem Gremium abgestimmt sowie ökologische Belange berücksichtigt und einbezogen, teilt Herr **Kurt** mit. Die Flurstücke 3504/7 und 3504/10 seien im Eigentum der Stadt und für die Erschließung erforderlich.

BMin **Schwarz** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Im Anschluss beendet BMin **Schwarz** den öffentlichen Teil der Sitzung.